

# Peter Ramsauer übernimmt das Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung



**Dr. Peter Ramsauer** ist neuer Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Am 28.10.2009 erhielt der bisherige CSU-Landesgruppenchef seine Ernennungsurkunde. In seiner neuen Funktion will er für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik, die Stärkung integrierter Stadtentwicklungskonzepte, die Förderung der Bauwirtschaft und die Weiterentwicklung der Wohnraumversorgung eintreten.

Der 55-Jährige war bisher Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag und Erster Stellvertreter des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden. Ramsauer ist seit 1990 Mitglied des Bundestags, stammt aus Traunwaldchen in Bayern und ist gelernter Müller. Ramsauer hat in München Wirtschaftswissenschaften studiert. Politisch lag Ramsauers Schwerpunkt bislang eher auf der Außenpolitik. Das Verkehrsministerium stand allerdings von Anbeginn der Koalitionsverhandlungen auf der Wunschliste.

Es wird erwartet, dass er sich als Wirtschaftsexperte in dieses Amt einfindet. Das muss er auch, gibt es doch im Verkehrs- und Baubereich viel Geld zu verteilen: Der Etat ist 2009 mit fast 27 Milliarden Euro der drittgrößte Einzelhaushalt des Bundes nach Arbeit/Soziales und Verteidigung. Als Minister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der neuen schwarz-gelben Regierung hat er mit dem geplanten Börsengang der Bahn und dem Ausbau von Infrastrukturprojekten in Zeiten von Rezession und Rekordverschuldung große Herausforderungen vor sich.

## „Aufbau Ost“ künftig im Innenministerium

Künftig nicht mehr in das Ressort „Verkehr, Bau und Stadtentwicklung“ fällt der Aufbau Ost. Dieser Bereich wurde dem Innenministerium unter der Leitung von Minister Thomas de Maizière zugeordnet. Dabei soll weiterhin eine verlässliche Fortsetzung und Optimierung der Förderpolitik für die neuen Länder im Mittelpunkt stehen. Dies geschehe in enger Zusammenarbeit mit den neuen Ländern selbst und den anderen Bundesministerien.

## Neue Gesichter auf der Leitungsebene

Die inhaltliche Neuausrichtung des Ministeriums wird auch durch personelle Veränderungen unterstrichen. Die neuen parlamentarischen Staatssekretäre sind:



**Enak Ferlemann**, Jahrgang 1963, vormals Vorsitzender des Unterausschusses „Zustand der Eisenbahninfrastruktur und Sicherung einer leistungsfähigen und sicheren Bahninfrastruktur für die Zukunft“, Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, Stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss, Mitglied der CDU-Kommission Aufbau Ost.



**Jan Mücke**, Jahrgang 1973, seit 1996 selbstständiger Immobilienverwalter, seit 2005 Mitglied des Bundestages, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion.



**Dr. Andreas Scheuer**, Jahrgang 1974, vormals Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, im Haushaltsausschuss, im Unterausschuss für Bürgerschaftliches Engagement.

# Auszüge aus dem Koalitionsvertrag

von CDU/CSU und FDP zur 17. Legislaturperiode

## Bauen und Wohnen

Die nachhaltige Stadtentwicklungspolitik hat angesichts der wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Land folgende Ziele: die Bewältigung der Folgen des demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels, den Klimaschutz, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, den Erhalt historischer Bausubstanz und Stadtstrukturen, die Wieder- und Umnutzung von Brachflächen und die Barrierearmut im Wohnumfeld. Auf dem Gebiet der nachhaltigen Stadtentwicklung ist darüber hinaus die internationale Zusammenarbeit auszubauen. Um den europäischen Integrationsprozess zu beschleunigen, ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Raumordnungsplanung zu intensivieren.

## Städtebauförderung

Die Städtebauförderung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur lebenswerten Gestaltung von Städten und Gemeinden. Wir werden die Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen auf bisherigem Niveau, aber flexibler fortführen. Es gilt, die privaten Hauseigentümer und das im Stadtgebiet ansässige Gewerbe stärker in die Stadtentwicklungsprozesse einzubinden. Dazu dient u.a. das Instrument des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes. Auf neue Herausforderungen werden wir zunächst mit Modellvorhaben von Bund und Ländern reagieren. Beim „Stadtumbau Ost“ soll die Aufwertung von Innenstädten und die Sanierung von Altbausubstanz gestärkt und der Rückbau der technischen und sozialen Infrastruktur besser berücksichtigt werden. Der Erfolg des Programms soll nicht durch unge löste Altschuldenprobleme einzelner Wohnungsunternehmen beim Abriss von Wohnungsleerstand gefährdet werden.

Der „Stadtumbau West“ wird weiterentwickelt. Das Programm „Soziale Stadt“ soll stärker ressortübergreifend umgesetzt werden. Mit dem Programm „Aktive Stadt und Ortsteilzentren“ wollen wir weiter zur Stärkung der Innenentwicklung beitragen. Wir werden die Förderung der energetischen Sanierung sozialer Infrastruktur fortführen.

## Gebäudesanierung und Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmebereich

Die Sanierung des Gebäudebestandes birgt ein hohes Potenzial zur Erreichung der deutschen Klimaschutzziele und trägt

dazu bei, den geänderten Ansprüchen an den Wohnungsstandard – auch infolge der Alterung der Gesellschaft – Rechnung zu tragen. Die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und der vermehrte Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärmeerzeugung in Gebäuden senken die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wir werden das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm wirkungsvoller ausgestalten, um die derzeitige Sanierungsquote zu steigern. Die Hürden im Mietrecht für eine energetische Sanierung zum gemeinsamen Vorteil von Eigentümern und Mietern werden gesenkt, die bestehenden Möglichkeiten der gewerblichen Wärmelieferung (EnergieContracting) im Mietwohnungsbereich erweitert. Baumaßnahmen, die diesem Zweck dienen, sind zu dulden und sollen nicht zur Mietminderung berechtigen.

## Wohneigentum

Wohneigentum ist Altersvorsorge und stärkt die regionale Verbundenheit. In vergleichbarer Weise wirkt der Erwerb von Geschäftsanteilen bei einer Wohnungsgenossenschaft für eigene Wohnzwecke. Wir wollen die Wohneigentumsquote in Deutschland erhöhen. Dazu werden wir die Eigenheimrente vereinfachen.

## Wohnungsbau

Die Wohnungsmärkte sind regional differenziert ausgeprägt. Insbesondere in Ballungszentren ist zusätzlicher Wohnungsneubau erforderlich. Wir werden bis zur Mitte der Legislaturperiode entscheiden, ob nach dem Jahr 2013 der Bund den Ländern weiterhin zweckgebunden Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen der Wohnraumförderung gewährt. Auf europäischer Ebene lehnen wir eine Förderung des Wohnungsbaus mit Mitteln der EU ab.

## Bürgerdialog

Forschung braucht den Dialog mit der Gesellschaft. Deshalb werden wir neue Dialogplattformen einrichten, auf denen mit den Bürgern Zukunftstechnologien und Forschungsergebnisse zur Lösung der großen globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen intensiver diskutiert werden. Insbesondere bei gesellschaftlich kontroversen Zukunftstechnologien wollen wir einen sachlichen Diskurs, der auf Toleranz aufbaut, eine realistische Abschätzung der Chancen und Risiken für den Einzelnen und die Gesellschaft ermöglicht und den erreichbaren Konsens auslotet.